

Forfatter: Aage Friis, 1870-1949

Titel: Udrag fra BREV TIL: Quaade, George Joachim FRA: Bauer (1871-11-16)

Citation: Aage Friis, 1870-1949: "Det nordslesvigske Spørgsmaal, 1864-1879 - aktstykker og breve til belysning af den danske regerings politik (3. bind)", i *Det nordslesvigske Spørgsmaal, 1864-1879 - aktstykker og breve til belysning af den danske regerings politik (3. bind)*, Henrik Koppels, s. 65. Onlineudgave fra Danmarks Breve: <https://tekster.kb.dk/text/letters-001825006-003-shoot-idm140619159752608.pdf> (tilgået 28. april 2024)

Anvendt udgave: Det nordslesvigske Spørgsmaal, 1864-1879 - aktstykker og breve til belysning af den danske regerings politik (3. bind)

Ophavsret: Materialet er fri af ophavsret. Du kan kopiere, ændre, distribuere eller fremføre værket, også til kommercielle formål, uden at bede om tilladelse. Husk altid at kreditere ophavsmanden.

[Læs Public Domain-erklæringen](#)

Herr Hjort Lorenzen reiste heut durch Altona. Er besuchte mich, um mir über den Erfolg der Schritte, die er in Gemeinschaft mit Herrn Krüger gethan, ²⁾ Bericht abzustatten. Die Abgeordneten, welche Herrn Krüger zur Stellung einer Interpellation ermuntert und ihm den von ihm acceptirten Wortlaut, den Ew. Excellenz mittlerweile in den Tagesblättern gelesen haben dürften, vorschlugen, waren der Abg.s. 66 Oehmichen aus Sachsen und Graf Baudissin aus Schleswigholstein. Krüger wandte sich um Unterstützung der Interpellation an die Führer der National-Liberalen, hauptsächlich an Herrn v. Bennigsen, und Herrn Braun (früher Braun-Wiesbaden genannt). Letzterer sagte seine Unterschrift zu, behielt sich aber vor, die Entscheidung seiner Fraction einzuholen. Herr v. Bennigsen sagte, er könne und dürfe sich nicht entscheiden, bevor er nicht die Sache in einer Fractionssitzung zur Sprache gebracht habe. Krüger bat um einen schriftlichen und motivirten Bescheid, welchen v. Bennigsen zusagte. Bald darauf erhielt er ein Schreiben von Herrn v. Bennigsen, des Inhalts, dass eine Unterstützung der Interpellation nicht für thunlich gehalten werde. Motive fehlten. Auch den Führer der Fortschrittspartei, Herrn v. Hoverbech, ersuchte Krüger um die Unterstützung der Interpellation: dieser antwortete ihm gleichfalls, dies sey Sache der Fraction: die sodann einlaufende Antwort von Seiten und im Namen der Fraction lautete ablehnend. Von Conservativen war es Herr v. Blankenburg, den Krüger um seine Unterschrift anging. Die Bitte wurde ohne weitere Redensarten abgewiesen. Erwähnenswerth ist, dass, sobald die Interpellation von Herrn Krüger in Umlauf gesetzt ward, die Herren Oehmichen und Baudissin aus dem Reichstage verschwanden, so dass er nicht einmal die Unterschriften der Verfasser des Aktenstückes erzielen konnte. Daher war gestern Abend, im Momente der Abreise Lorenzens die Interpellation noch ohne jegliche Unterstützung und die Hoffnung, einen Erfolg zu erringen, musste aufgegeben werden. Gleichwohl gedachte Krüger heute noch den einen oder die zwei Polen, welche persönlich im Reichstage zugegen zu seyn pflegen, aufzufordern und überdies die Herrn Schrag und Bebel nicht vorbeizugehen. Möglich ist es, dass er die Namen von zwei Polen und der beiden Socialdemokraten erzielt, obgleich auch dies noch nicht für sicher gelten darf, weil die Polen sich gewöhnlich hinter die Ausflucht verstecken, dass sie in s. 67 Deutsche Angelegenheiten nicht eingreifen möchten, und weil Bebel durch sichere Aeusserungen einigermaßen compromittirt ist — er machte es im Frühjahr 1867 dem Bundeskanzler zum Yorwurf, dass derselbe Luxemburg geopfert habe und Deutschland um Nordschleswig verkürzen wolle. Falls Krüger heute die geschilderten Schritte noch thun sollte, so würde dies nur den Zweck haben, die Geschichte der Interpellation zu vervollständigen. Lorenzen deutete sogar an, dass Krüger sich möglicherweise auch an den Fürsten Reichskanzler wenden und an dessen freien Entschlusz appelliren werde, eine Sache ins Klare zu setzen, die der Reichstag selber nicht anzuregen wage. Zu guter Letzt wolle Krüger — sagt Lorenzen — ein Schreiben an den Präsidenten Simson richten, worin er unter Berufung auf die Fruchtlosigkeit seiner Interpellationsbemühungen erklären werde, dass er diesen Reichstag nicht mehr zu besuchen gedenke. Eine ausdrückliche Mandats-Niederlegung soil dies jedoch nicht seyn.